

Namensbeitrag

Demografischer Stresstest

Schön reden, die Gegenwart genießen und die Zukunft einen guten Mann sein lassen funktioniert nicht mehr.

von MICHAEL DIEKMANN

Wir sind seit wenigen Wochen sieben Milliarden Menschen und haben trotz bisher unerreicht hoher intellektueller und finanzieller Ressourcen Mühe, nachhaltige Lösungen für die demografische Herausforderung zu finden. Anhaltendes Bevölkerungswachstum in Afrika und Asien einerseits, zum anderen eine schrumpfende und immer älter werdende Einwohnerschaft in Industrieländern, aber auch in China, sind je nach Betrachtungsweise ein Segen oder ein Fluch. Ungeachtet dessen, ob die Menschen dem optimistischen Lager angehören, von Niedergangsgefühlen bestimmt werden oder sich als neutral und allein gegenwartsbezogen bezeichnen: Rund um den Globus wachsen Zweifel, ob in den nächsten Dekaden für Ernährung, Gesundheit, Arbeit und Auskommen im Alter gesorgt sein wird, wenn wir so wie bisher mit künftigen Lasten und Risiken umgehen.

Diese Sorgen sind berechtigt. Sie treiben auch Menschen um, die sich nicht automatisch der „demografischen Angstgemeinschaft“ (K. O. Hondrich) zugehörig fühlen. Viele Jahre lang haben sich die westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften in der Sicherheit gewiegt, welche Stürme auch immer aufkämen, die Sozialpolitik werde schon eine Lösung bereithalten. Doch diese Gewissheit beruhte nicht zuletzt auch auf der Annahme anhaltenden Wachstums. Jetzt treten aber polternd und störend wirtschaftliche, demografische und soziale Tatsachen in die Wirklichkeit ein, die es verbieten, weiterzumachen wie bisher. Insbesondere die gesellschaftliche Alterung wird aller Voraussicht nach dem Wachstum künftig Fesseln anlegen. Es wäre daher unverantwortlich und das Gegenteil von nachhaltig, bei der Suche nach Auswegen aus den gegenwärtigen Krisen die Interessen künftiger Generationen außer Acht zu lassen. Dazu zählt, ihnen keinen Schuldenberg zu hinterlassen, damit sie Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen können.

TIEFGREIFENDE GESELLSCHAFTLICHE ALTERUNG

Der demografische Wandel vollzieht sich allerdings nur schleichend und zunächst kaum merklich. Doch die gesellschaftliche Alterung kann die Wirtschaft und die Sozialbeziehungen in einem Land so grundlegend und unumkehrbar verändern, dass die Folgen einschneidender sind als jede noch so dramatische Finanzkrise.

Seit fast vierzig Jahren ist Deutschland eine Gesellschaft, die mehr Sterbefälle als Geburten verzeichnet. Im Schnitt fielen die Geburten je Frau von 1964, zur Zeit des ausklingenden Baby-Booms, bis 2009 von 2,53 auf 1,35 Kinder. Inzwischen liegt die Geburtenrate um etwa 35 Prozent unter dem Niveau, das erforderlich wäre, um die Bevölkerungszahl langfristig konstant zu halten. Deutschlands Einwohnerschaft schrumpft also, wenn die Geburtenraten und die Zahl der Zuwanderer konstant bleiben, nach den gegenwärtigen Prognosen von 81,8 Millionen auf 69,4 Millionen Menschen im Jahr 2050.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass es immer mehr Ältere in Deutschland geben wird. Dank medizinischem Fortschritt und verbesserter Lebensumstände hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt in den letzten 60 Jahren für jeden Jahrgang um rund 3 Monate erhöht. Bereits heute werden die Menschen durchschnittlich doppelt so alt wie vor mehr als 100 Jahren – und die Lebenserwartung dürfte weiter ansteigen. Im Jahr 2050 werden voraussichtlich knapp 40 Prozent der Gesamtbevölkerung älter als 60 Jahre sein. Von diesen knapp 30 Millionen wird jeder Dritte, also über 10 Millionen Menschen, 80 Jahre und älter sein. Die Farbe der Zukunft ist silbergrau. Das muss kein Nachteil sein. Wir gewinnen wertvolle Jahre, die wir bei guter Gesundheit und geistiger Frische aktiv gestalten können. Mit den gesellschaftlichen Veränderungen werden neue Mischformen von Leben und Arbeit oder des Zusammenlebens der Generationen möglich. Der demografische Wandel eröffnet uns die Chance, nicht nur länger zu existieren, sondern auch ein sehr viel erfüllteres Leben zu führen.

FINANZIERUNG UNGEWISS

Das Finanzierungsproblem bleibt aber bestehen. Nüchtern schreibt Frank Schirrmacher: Die jetzt Jungen werden noch sehen, was es heißt, ein langes Leben in einer Gesellschaft zu führen, die nur noch ein kurzes finanzieren kann. Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, also der Finanziere des Sozialstaates im Alter von 15 bis 66 Jahren, nimmt bis 2030 um 10 Prozent ab. Ohne Zuwanderung beträgt das Minus sogar 14 Prozent. Bis 2050 wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland von 53,8 auf 40,4 Millionen Köpfe schrumpfen. Schon

in den nächsten 20 Jahren werden dem Arbeitsmarkt rund 7 Millionen Personen weniger zur Verfügung stehen.

Damit stellt die Demografie unser Sozialsystem auf eine schwere Probe und unterzieht die gesamte Volkswirtschaft einem gigantischen Belastungstest. Die Anzahl der Empfänger von Transferleistungen wächst, während diejenige der Beitragszahler schrumpft. Wenn wir weitermachen wie bisher, ist eine der Folgen davon eine höhere Staatsverschuldung, damit bezahlt werden kann, was die sinkende Erwerbsbevölkerung nicht aufzubringen vermag. Das Forschungszentrum Generationenverträge hat errechnet, dass die Nachhaltigkeitslücke in Deutschland trotz Rentenreformen bei 294 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt. Der Gegenwert der (künftigen) impliziten und expliziten Staatsschulden ist heute damit dreimal so hoch wie das BIP.

Bevölkerung und Politik müssen sich auch gewärtig sein: Der geldpolitische Ausnahmezustand als Folge der unbewältigten Bankenkrise schränkt die Möglichkeiten des Kapitalmarkts, das Demografieproblem zu entschärfen, ein. Drei Jahre schon leben wir fast überall in den Industriestaaten mit rekordtiefen Zinsen. Das erlaubt Sparern im günstigsten Fall Kapitalerhalt nach Inflation.

GESUNDHEITSKOSTEN UND ALTERSDEMENZ

Was der gesellschaftliche Alterungsprozess für das Gesundheitssystem und den Pflegemarkt bedeutet, verdeutlichen die folgenden Zahlen: 40 Prozent aller Gesundheitskosten entfallen auf Menschen im Alter zwischen 70 und 79; weitere 30 Prozent sind dem Gesundheitsaufwand für die Generation 80 plus vorbehalten. Das bedeutet für die Pflegekosten: Sie werden sich (laut OECD) bis 2050 verdoppeln. Altersdemenz wird künftig zu einem Massenproblem. Heute leiden rund 1,2 Millionen Menschen in Deutschland an Demenz. Das sind 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bis 2050 dürfte diese Zahl aufgrund der gesellschaftlichen Alterung auf 2,6 Millionen Menschen oder 3,7 Prozent der Bevölkerung ansteigen. Denn die Wahrscheinlichkeit, an Altersdemenz zu erkranken, steigt mit zunehmendem Alter: für einen 70-bis 74-jährigen liegt sie bei knapp 5 Prozent, für einen 80-Jährigen bei rund 12 Prozent und für Menschen mit 90 Jahren und darüber bei mehr als 30 Prozent.

WEITERER AUFSCHUB UNTRAGBAR

Damit sind wir an einem Punkt angelangt, an dem die Sozial- und Wirtschaftspolitik prüfen muss, welche Handlungsmöglichkeiten sie noch besitzt. Westliche Volkswirtschaften müssen sich einem demografischen Stresstest unterziehen. Die Zeit drängt. Zuwarten, Schönreden, die Gegenwart genießen und dabei die Zukunft einen guten Mann sein lassen – das funktioniert nicht mehr. Kennzeichnend für den diskursiven und politisch-praktischen Umgang mit den Folgen dramatisch alternder Gesellschaften ist jedoch bislang in den meisten Ländern der Aufschub. Unbequeme gesellschaftliche und ökonomische Anpassungen an die demografischen Gegebenheiten werden in eine unbestimmte Zukunft verlagert, obwohl wir wissen, dass dies die Situation noch verschlimmert. Je länger wir die Folgen des demografischen Gebens vor uns herschieben und uns der Illusion hingeben, die künftigen Entwicklungen schon irgendwie im Griff zu haben, desto unerbittlicher werden die hässlichen Seiten der Bevölkerungsdynamik hervortreten und das Leben der Menschen nachteilig bestimmen. Die Weichen müssen jetzt umgestellt werden, denn die größte Alterskohorte der Bundesrepublik, die Generation der Baby-Boomer, geboren in den Jahren 1950 bis 1965, wird in wenigen Jahren ein reiner Leistungsempfänger sein.

Erwerbsleben und Ruhestand, Renten- und Gesundheitspolitik sind von den Regierungen grundsätzlich zu überdenken und auf die neuen Gegebenheiten auszurichten. Wenn weniger Kinder geboren werden, die Bevölkerung schrumpft und immer älter wird, die Wachstumsdynamik tendenziell abflacht und die Verschuldung steigt, führt kein Weg an einer verstärkten Kapitalbildung vorbei, damit Güter und Dienstleistungen der nächsten Generationen sich auch bezahlen lassen. Zumal an der Demografieschraube kurzfristig kaum zu drehen ist, weil die Mütter, die für Kinderreichtum sorgen könnten, in der Vergangenheit gar nicht geboren worden sind.

LÄNGER ARBEITEN

Was für Optionen stehen uns frei? Als erstes können wir die hinzugewonnenen Lebensjahre nutzen, um die Balance zwischen aktiven und inaktiven Lebensjahren neu auszurichten. Nutzen wir die verbesserte Gesundheit und die höhere Lebensqualität, um das Erwerbsleben spürbar auszudehnen, ist dies ein erster wirkungsvoller Ansatz dafür, zusätzliche Arbeitskraft zu mobilisieren. Dadurch könnte nicht nur der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials abgefedert, sondern auch das Sozialsystem entlastet werden. Nötig wäre die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre.

Die Zeit eines übertriebenen Jugendkults läuft unerbittlich ab. Zunehmend setzt sich die Einsicht durch, dass nachlassende Flexibilität und Schnelligkeit älterer Arbeitnehmer durch deren Erfahrung und spezifisches Know-how aufgehoben wird. Um die Stärken der älteren Arbeitnehmer besser zu nutzen, müssen die Unternehmen sich indes noch stark verändern, ein Prozess, bei dem wir leider erst ganz am Anfang stehen. Dasselbe gilt auch für eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitswelt, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, um Frauen deutlich stärker als bisher in den Arbeitsmarkt einzubinden.

KAPITALDECKUNG – TROTZ NIEDRIGZINSPHASE

Sodann müssen die Sozialsysteme selbst demografiefest gestaltet werden. Anstelle der Umlagefinanzierung muss verstärkt die Kapitaldeckung treten. Eigenverantwortliche, private Vorsorge wird daher immer wichtiger; auch und gerade für die Bezieher niedriger Einkommen. Häufig sehen sich diese jedoch kaum in der Lage, für ihr Alter zusätzliche Mittel zurückzulegen. Bislang ist Altersarmut noch kein gravierendes Problem. Es könnte in Zukunft aber eines werden mit enormer sozialer Sprengkraft, wenn dieser Personenkreis ins Rentenalter kommt.

GRENZEN DER EINWANDERUNGSPOLITIK

Die Hoffnung, das Sozialsystem und den Arbeitsmarkt durch Einwanderung zu entlasten, kann nur in Ansätzen zur Linderung der Lage beitragen. Um die Kopfzahl der Bevölkerung in Deutschland bis 2050 konstant zu halten, müssten jedes Jahr 340.000 Menschen einwandern. Um zu verhindern, dass der Anteil der Bevölkerung im Arbeitsalter schrumpft, benötigten wir gar 490.000 Zuwanderer pro Jahr. Und wenn es gar das Ziel sein sollte, die jetzige Balance zwischen arbeitender Bevölkerung (Menschen von 15 bis 64 Jahren) und Rentnern (Menschen über 65 Jahre) aufrechtzuerhalten, müssten Jahr für Jahr 3,6 Millionen Menschen zu uns kommen. Weder unsere Attraktivität für junge und tüchtige Arbeitnehmer noch die politisch-gesellschaftlichen Determinanten sprechen dafür, dass in absehbarer Zeit solche Einwanderungsschübe ohne erhebliche Konvulsionen zu verwirklichen sind.

STEIGENDE GEBURTENRATEN UNVERZICHTBAR

Selbst wenn ein solches Einwanderungsmirakel möglich wäre – wirken würde es immer nur kurzfristig. Auf längere Sicht müssen stark alternde Gesellschaften überlegen, wie sie wieder zu höheren Geburtenraten gelangen. Wir – die Allianz Gruppe – wollen ab Anfang 2012 gemeinsam mit Ressorts der Bundesregierung, mit Politik und Wissenschaft ein „Berliner Demografie Forum“ als Plattform für eine gemeinsame Suche nach Lösungswegen anbieten. Denn wir möchten dazu beitragen, dass aus den Änderungen des Bevölkerungsaufbaus von so großer, vielleicht weltgeschichtlicher Tragweite Gutes für kommende Generationen erwächst.

MICHAEL DIEKMANN ist Vorstandsvorsitzender der Allianz SE.